

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

XXIV. GP.-NR

1765/A(E)

06. Dez. 2011

der Abgeordneten Alev Korun, Freundinnen und Freunde

**betreffend blutiger Abbau von Konfliktmineralien im Kongo**

## **BEGRÜNDUNG**

Der Boden der demokratischen Republik Kongo (DRK) ist reich an Gold, Diamanten, Kobalt, Coltan und Kupfer. Diese Konfliktmineralien haben auch einen der blutigsten Kriege seit dem zweiten Weltkrieg - 5 Millionen Tote und 300.000 Vergewaltigungsoffer - ausgelöst. Schon 2001 stellte ein Bericht der UNO-Kommission zur illegalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der DRK vom April 2001 fest: „Der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo dreht sich hauptsächlich um Zugang zu, Kontrolle von und Handel mit Coltan, Diamanten, Kupfer, Kobalt und Gold.“ In dieser Region gibt es 13 Hauptminen bei insgesamt schätzungsweise 200 Minen. 12 der 13 wichtigsten Minen im Osten Kongos werden gegenwärtig durch bewaffnete Gruppierungen kontrolliert. Der langanhaltende Konflikt rund um die Bodenschätze und Minen im Ostkongo (Süd Kivu, Nord Kivu und Orientale) hat zu einer katastrophalen Menschenrechtslage geführt. Die dort lebende Zivilbevölkerung wird oft zur Arbeit in den Minen gezwungen und massiv ausgebeutet. Erwachsene und Kinder müssen oft Tage lang in dunklen, engen Tunneln graben. Immer wieder stürzen ganze Bergschächte ein und die Minenarbeiter werden darin lebendig begraben. Der Lohn beträgt oft nur ein paar Cent. Die Gewinne aus dem Geschäft mit den Konfliktmineralien stecken andere ein.

Gewalt gegen die Bevölkerung ist an der Tagesordnung, sie ist hilflos Morden, Entführungen, Plünderungen, Massenvertreibungen, Vergewaltigungen und sexueller Gewalt der verschiedenen Milizen und auch der eigenen Armee ausgesetzt. Eine effektive staatliche Kontrolle oder Schutz existiert dort nicht, oft sind die Staatstruppen selbst an den illegalen Profiten der Minen beteiligt. (siehe Oxfam Briefing Note Juli 2011, SPIRI Report August 2011). Die UN-Hilfstruppe MONUC (seit 1.7.2010: MONUSC) hat zwar seit 1999 ein Mandat im Ostkongo, war aber bisher nicht in der Lage diese Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Dadurch bleibt die Bevölkerung, und insbesondere verletzte Gruppen wie Frauen und Kinder, weiterhin Zielgruppe massiver Menschenrechtsverletzungen. Die Abwesenheit von effektivem staatlichem Schutz, welche einst die verschiedenen Milizen, wie die Lord Resistance Army, überhaupt erst angezogen hatte, erlaubt diesen auch weiterhin ungestraft zu morden, plündern, vergewaltigen und die Zivilbevölkerung zu tyrannisieren. Ohne Demilitarisierung der Minen und einer Transparentmachung des Handels mit diesen Konfliktmineralien wird sich der blutige Kreislauf der massiven Menschenrechtsverletzungen und Armut im Ostkongo, einem der bodenschatzreichsten Regionen der Erde, weiter fortsetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert

1. sich unilateral und zusammen mit EU-Partnern bei der Regierung der demokratischen Republik Kongo für eine nachhaltige Demilitarisierung der Minen und Handelsketten im Ostkongo anhand einer Reform und Professionalisierung seiner Sicherheitskräfte einzusetzen;
2. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Konfliktminerale zu einem Hauptthema des politischen Dialogs mit der Demokratischen Republik Kongo und der Afrikanischen Union werden, um diese zu ermutigen, für mehr Transparenz bezüglich des Abbaus und Handels mit Konfliktmaterialien und mehr Schutz der betroffenen lokalen Bevölkerung zu sorgen.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Menschenrechte vorgeschlagen.*

